

Macht Demokratie reich?

Angela Merkel fordert es, Barack Obama ebenfalls. Auf dem Millenniumsgipfel in der vergangenen Woche haben sie Ländern, die künftig Entwicklungshilfe wollen, Bedingungen gestellt – allen voran: Sie müssten die Demokratie fördern. Aber ist diese Staatsform wirklich eine Bedingung für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes?

von Frederic Spohr



Autoritäre Regime sind arm und Demokratien reich? Das Wechselspiel zwischen Regierungsform und Wirtschaftsentwicklung ist weit komplexer als bislang gedacht. Quelle: Klaus Meinhardt

KÖLN. Nicht erst seit dem schier unaufhaltsamen ökonomischen Aufstieg Chinas zerbrechen sich Wirtschaftswissenschaftler über den Zusammenhang zwischen der Demokratie und der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes den Kopf. Auf den ersten Blick liegt die Antwort auf der Hand: Reiche Staaten sind meist demokratisch regiert. Doch über Ursache und Wirkung sagt das nichts aus. Schließlich ist auch denkbar, dass sich nur Staaten mit hohem Wohlstand eine Demokratie leisten können.

Komplexes Wechselspiel

Tatsächlich zeigen neue Studien: Das Wechselspiel zwischen Regierungsform und Wirtschaftsentwicklung ist weit komplexer als bislang gedacht. Wohlstand stabilisiert Demokratien, führt aber nicht automatisch zu demokratischen Strukturen.

Demokratische Staaten sind autoritären zwar ökonomisch überlegen. Doch der Effekt ist nicht überall gleich stark ausgeprägt – und er ist kein Selbstläufer.

So stellte der MIT-Ökonom Daron Acemoglu fest: Wenn man nicht die Wechselwirkungen zwischen Demokratie und Wohlstand in unterschiedlichen Ländern, sondern innerhalb eines Staates im Zeitablauf vergleicht, verschwindet der positive Effekt von Wohlstand auf Demokratie: Reichtum und politische Freiheit treten gemeinsam auf – wahrscheinlich, weil sie von den gleichen Faktoren beeinflusst werden.

Dass sich die Demokratie positiv auf den Wohlstand auswirkt, will Acemoglu dennoch nicht ausschließen. Trotz der Erfolge einiger autoritärer Regime ist er – wie die meisten seiner Kollegen – überzeugt: Ein demokratisches System ist unter dem Strich besser für die Wirtschaft, weil es mehr Rechtssicherheit bietet, Eigentumsrechte besser schützt und mit weniger Korruption verbunden ist.

Elias Papaioannou (Dartmouth College) und Gregorios Siourounis (University of Peloponnes) konnten diesen Effekt empirisch nachweisen: Wandelt sich ein autokratisches Land in eine Demokratie, ist das Wachstum danach im Schnitt um knapp einen Prozentpunkt höher. Allerdings betonen die Autoren: „Demokratie ist kein Wundermittel.“ Denn sie kurbelt nicht in allen Staaten das Wachstum an, sondern bremst es in einigen sogar. Auch das zeigen die Daten der Forscher.

Dass die Ergebnisse so disparat sind, liegt an vielen Faktoren: Verlässliche Daten aus Entwicklungsländern sind rar, und Regime ist nicht gleich Regime. „Ein autoritärer Staat in Asien kann ganz anders organisiert sein als ein Staat in Südamerika“, sagt Alexander Libman von der Frankfurt School of Finance and Management.

Die Einkommensverteilung zählt

Zudem sind viele Länder weder richtig demokratisch noch komplett totalitär. So listet die Denkfabrik Freedom House 58 Länder auf, die „teilweise frei“ sind. 47 Länder gelten als „nicht frei“, nur 89 als demokratisch. Der Grad der Demokratie hat einen wichtigen Einfluss auf das Wachstum, stellte Libman fest. Er hat die Entwicklung russischer Provinzen verglichen, in denen demokratische Strukturen unterschiedlich stark ausgeprägt sind.

Regionen, die sehr demokratisch sind, schneiden besser ab. Das Gleiche gilt aber auch für solche, die am anderen Ende des Spektrums stehen. Überdurchschnittlich schlecht geht es dagegen Provinzen, die ein mittleres Demokratie-Niveau erreichen. „Ein aufgeklärter Diktator, der eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik betreibt, dient der Wirtschaft mehr als eine schwache Demokratie“, sagt Libman.

Ob mehr Freiheitsrechte der Wirtschaft nutzen, hängt zudem davon ab, ob die anderen Rahmenbedingungen dazu passen. „Wir können nicht sagen: ‚Nur weil die Leute wählen gehen dürfen, wird die Wirtschaft angekurbelt‘“, sagt Uwe Sunde von der Universität St. Gallen. Ein wichtiger Faktor ist die Einkommensverteilung. Sunde stellte fest: Demokratien wirken sich nur dann positiv auf Rahmenbedingungen wie Rechtsstaatlichkeit aus, wenn die Einkommen möglichst gleich verteilt sind: „Bei großer Ungleichheit ist der Umverteilungsdruck sehr groß und die damit verbundenen Verzerrungen können das Wachstum abwürgen.“ Einem Land von außen politische Freiheit aufzuzwingen, hält Sunde daher für falsch: „Das führt über kurz oder lang zum Desaster.“

© 2010 Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).